

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Jagdlisten-Anzeigen die 3spaltigen Kolonnen-Preis 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Borch. Druck von G. A. S. Reiffers & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschef: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Anreiz oder Zwang zur Gütererzeugung?

Bekanntlich ist bei der Erzeugung der Gebrauchsgüter, die sogenannte Urproduktion, die Grundlage des Wirtschaftslebens. Weil nur jene Stoffe verarbeitet und verteilt werden können, die vorher durch menschliche Arbeit der Natur abgenommen worden sind, so besteht die Voraussetzung einer ausreichenden Bedarfsdeckung darin, daß die Gütererzeugung in jeder Weise gesteigert wird. Möglichst viele Lebensmittel der Mutter Erde abzurufen, das ist das große Ziel und die wichtige Aufgabe für die Kulturmenschenheit. Diesem Zwecke dienen Landwirtschaft und Viehzucht, Jagd und Fischfang sowie der Bergbau. Für die Ernährung unsres Volkes kommen wesentlich Ackerbau und Viehzucht in Betracht, und seitdem die Zufuhr an Nahrungsmitteln von auswärts immer weniger geworden ist, tritt die Landwirtschaft mit ihren verschiedenen Zweigen in den Mittelpunkt unsrer Ernährungsprobleme. Wohl hat unser Wirtschaftsleben während des Krieges zahlreiche schmerzliche Auswüchse gezeitigt, wovon wir nur „Lebensmittelverfälschung“ und „Lebensmittelwucher“ nennen wollen, aber im Grunde genommen dreht sich doch alles um die Frage, ob unsre Landwirtschaft willens und imstande ist, so viel Lebensmittel zu liefern, wie wir bei sparsamster Verwendung und geordneter Verteilung zu unserm Lebensunterhalt gebrauchen. Die Frage ist eben die: Können unsre Landwirte genügend Nahrungsmittel erzeugen und wollen sie diese ihre Pflicht erfüllen? Die Antwort hierauf lautet verschieden. Die einen behaupten, daß sie dies wohl könnten, aber sie wollen nicht; die andern sagen, sie hätten wohl den besten Willen, aber es fehle ihnen an der Möglichkeit der Ausführung.

Bei ruhiger Betrachtung der Sache muß man zugeben, daß sich die Landwirte im allgemeinen wohl viel Mühe gegeben haben, trotz der schwierigen Verhältnisse (Mangel an Arbeitskräften usw.), unter denen sie arbeiten müssen, möglichst viel Korn, Vieh, Milch, Eier usw. auf den Markt zu bringen. Selbstverständlich tun sie dies nicht etwa aus christlicher Nächstenliebe, sondern weil sie dabei ein schönes Stück Geld verdienen. Andererseits läßt sich auch nicht bestreiten, daß zahlreiche Landwirte lediglich Rücksicht nehmen auf ihren Geldbeutel, worüber sie dann das Interesse der Verbraucher vergessen. An einer Unmenge von Beispielen könnte man nachweisen, daß in weiten Kreisen der Bauern eine innere Widerständigkeit vorhanden ist gegen die Erfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht, nämlich der möglichst umfangreichen Erzeugung von Nahrungsmitteln. Das Zurückhalten und Verheimlichen ihrer Erzeugnisse, das Verfüttern des Viehgetreides an das Vieh, die Vernachlässigung des Anbaues von solchen Nahrungsmitteln, die einem Höchstpreis unterliegen, und manche andre Kniffe und Pfliffe, die die Bauernschlauheit erfindet, weisen darauf hin, daß es einem sehr großen Teil der Bauern an dem guten Willen fehlt, die Stadtbewölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Diese offenkundige Tatsache, die auf die völgerrühmte christliche und vaterländische Gesinnung der Landwirte ein ganz merkwürdiges Licht wirft, erregt natürlich in den Reihen der Verbraucher ein steigendes Mißbehagen. Allgemein geht die Rede: die Bauern wollen uns aushungern, weil sie nicht genug Geld kriegen für ihre Erzeugnisse, und darum ist es notwendig, daß sie gezwungen werden, möglichst viele Nahrungsmittel zu erzeugen und auf den Markt zu bringen. Der Produktionszwang und die Beschlagnahme der Erzeugnisse sind die Mittel, die empfohlen werden, um unsern Mangel an Nahrungsmitteln zu beseitigen.

Wie jeder Sachkenner weiß, führen unsre Lebensmittelversorgungstellen und das Kriegsernährungsamt einen ununterbrochenen Kampf mit den Landwirten. Leider ist es bislang noch nicht gelungen, die Landwirtschaft zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen. Die deutschen Landwirte mit ihrem „antikollektivistischen Bauernschädel“ sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die behördlichen Eingriffe, und infolge ihres großen politischen Einflusses in Deutschland magt man sie von oben herab nicht so kräftig anzupacken, wie man es bei andern Völkern zu tun pflegt. Man scheut vor Zwangsmaßnahmen zurück und bietet ihnen lieber höhere Preise, um sie dadurch zur Steigerung der Produktion anzureizen. Und die großen Massen der Verbraucher entrüsten sich dann über die Schwäche des Staates gegenüber der Landwirtschaft.

In einem interessanten Ausblick auf die Kriegswirtschaft des Jahres 1917 behandelt der bekannte Volkswirtschaftler Richard Calmer die Frage des Produktionszwanges. Er räumt ein, daß sich der Zwang im wirtschaftlichen Leben allerdings nicht ganz vermeiden lasse, aber es sei dennoch richtiger, dem freien Austauschverkehr möglichst wenig Beschränkungen aufzuerlegen. Besonders nachteilig und auch wirkungslos sei der Zwang in der Landwirtschaft, weil es sich hier nicht um die Verarbeitung und Verteilung von Gebrauchsgütern, sondern um ihre Erzeugung handle. Die unter Zwangsmaßnahmen gestellten Landwirte fügten sich wohl rein äußerlich dem Zwange, aber im Innern widersetzten sie sich ihm. Ihr Scheitensdrang und ihre Arbeitsverweigerung würden geschwächt, und weil sie mit Unlust oder gar mit Widerstreben ihre Arbeit verrichteten, sei das Ergebnis qualitativ und quantitativ minderwertig. Der Landwirt habe einen ununterbrochenen Kampf mit der Natur zu führen, und dieser Kampf sei so vielseitig und persönlicher Art, daß er sich nicht bürokratisch reglementieren lasse. Er erfordere auch die höchste

Anspannung aller seelischen Kräfte, die durch Zwang verhindert werde, und deshalb werde ein Landwirt, der nicht mit Lust und Liebe arbeite, niemals etwas Hervorragendes leisten. Außerdem sei es ganz ausgeschlossen, daß die Verwaltungsbehörden ihren Willen den Bauern aufzwingen könnten, ohne sie von der Wichtigkeit und Notwendigkeit ihrer Anordnungen zu überzeugen. Endlich aber müsse es für möglich erklärt werden, in landwirtschaftlichen Betrieben die nötige Kontrolle und Überwachung auszuüben, wie dies in gewerblichen Betrieben möglich sei. Wie wolle man es wohl machen, um auf einem großen Gute oder in einer Menge kleinbäuerlicher Betriebe festzustellen, ob die behördlichen Anordnungen nicht nur rein äußerlich befolgt, sondern auch sachgemäß ausgeführt werden? Calmer gelangt also zu dem Schluß, daß der Produktionszwang in der Landwirtschaft keinen Wert habe und daß uns deshalb nichts andres übrig bleibe, als die Landwirte dadurch zu der höchsten Kräfteanstrengung anzuspornen, daß man ihnen hohe Preise für ihre Erzeugnisse zahle. Das möge unangenehm sein für das konsumierende Publikum, aber es sei das einzige Mittel, um die deutsche Bevölkerung vor einer Hungersnot zu bewahren.

Diese Ausführungen enthalten einige richtige Gedanken. Es ist traurig aber wahr, daß die Landwirte sich weder durch äußeren Zwang noch durch Bitten und Ermahnungen haben bewegen lassen, ihre Pflicht zu tun, und es erscheint wenig wahrscheinlich, daß sich in absehbarer Zeit hierin etwas ändern wird. Der kapitalistische Geist der Selbstsucht und Erwerbssücht ist der schlimmste Feind einer ausreichenden Lebensmittelversorgung. Ob es möglich sein wird, ihn zu bannen und dadurch das drohende Unheil von unserm Volke abzuwenden, kann erst die Zukunft lehren. Die neuesten Maßnahmen, die getroffen, und die allerneuesten Vorschläge, die gemacht worden sind, verbürgen eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen nicht. Auch der Staatskommissar für Preußen wird wahrscheinlich bald sagen:

„Kann ich Kartoffeln aus der Erde stampfen? Wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand?“

Wirklich helfen könnte nur die planvolle Organisation des gesamten Wirtschaftslebens nach sozialistischen Grundsätzen. Eine solche Regelung kann aber nicht aus dem Stegreif geschaffen werden. Die hätte man vorbereiten müssen, ehe der Krieg begann. Aber damals waren ja der Sozialismus und die sozialistische Wirtschaft so etwas wie Cholera, Ruhr und schwarze Boden.

Die Gewerkschaften zum Wirtschaftsplan für 1917.

Die Zentralleitungen der Gewerkschaften aller Richtungen haben den in Nr. 10 des „Proletariers“ auszugswise wiedergegebenen Eingaben zur Lebensmittelfrage eine weitere folgen lassen, die sich mit dem Wirtschaftsplan für 1917 beschäftigt und dazu beachtenswerte Vorschläge macht. Die an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts, den Herrn v. Baecki, gerichtete Eingabe beschäftigt sich einleitend mit einer von landwirtschaftlichen Hochschullehrern ausgearbeiteten sogenannten „Preisrelation“, die eine Erhöhung der Preise für Getreide, Kartoffeln und Milch, dagegen eine Senkung der Vieh- und Fleischpreise fordert. Diesen Vorschlägen hat der Deutsche Landwirtschaftsrat zugestimmt, soweit sie eine Erhöhung, aber widersprochen, soweit sie eine Ermäßigung der Preise bringen sollen.

In der Eingabe der Gewerkschaften heißt es nun, daß die Gewerkschaften „gegen die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats die nachdrücklichste Verwahrung einlegen“. Die Vorschläge der Hochschullehrer bezeichnet die Eingabe als unzeitgemäß; ein andres Preisverhältnis für landwirtschaftliche Erzeugnisse dürfe nicht durch Preisserhöhungen, müsse vielmehr durch Preisermäßigungen herbeigeführt werden. Es heißt dann weiter in der Eingabe:

„Vor allem widerraten wir auf das dringendste jeder weiteren Erhöhung der Preise für Winterkartoffeln, da schon die Preisfestsetzung vom 4. M. im Herbst 1916 starke Beunruhigung der Arbeiter hervorgerufen hat. Die Erwartung, daß der höhere Preis die Winterversorgung mit Kartoffeln erleichtern werde, ist nicht erfüllt worden, wie denn überhaupt die Preistreiber, sobald man ihr Raum läßt, sich an keinerlei Schranken lehrt. Die Erfassung der für die Ernährung der städtischen Bevölkerung erforderlichen Kartoffelmengen ist durch keine Preispolitik sicherzustellen, weil es schlechterdings unmöglich ist, der Landwirtschaft solche hohe Preise zu zahlen, daß der Anreiz der Zurückhaltung und Verzögerung überwunden würde. Es bleibt nur übrig, die benötigten Kartoffelmengen den Erzeugern zwangsweise durch Beschlagnahme zu entnehmen und alle Maßnahmen dafür zu treffen, daß die Kartoffeln den Erzeugern rechtzeitig abgenommen werden.“

Sinsichtlich der Preisfestsetzung der Getreidepreise ist zu unsrer Kenntnis gelangt, daß die Absicht besteht, einen Ausgleich zwischen Brot- und Futtergetreide durch Erhöhung des Brotgetreides um 40 bis 50 M. pro Tonne herbeizuführen.

Wir wissen die Schwierigkeiten einer wirksamen Preisrelation auf diesem Gebiete durchaus zu würdigen, erachten es aber dennoch für vollkommen ausgeschlossen, einer solchen Erhöhung der Brotgetreidepreise zuzustimmen. Das hieße das brotverbrauchende deutsche Volk abermals den Interessen der Getreideerzeuger opfern. Eine solche Maßnahme würde einmütiger Erbitterung entgegen. Wir warnen das Kriegsernährungsamt auf das entschiedenste, diesem Standpunkt Konzeptionen zu machen. Ferner haben die unterzeichneten Verbände eine erhebliche Herabsetzung der Preise für Schlagschmalz und Fleisch unter allen

Umständen für notwendig und protestieren gegen die Forderung des Landwirtschaftsrats, die Preisrelation auf der Basis der bisherigen hohen Vieh- und Fleischpreise aufzubauen.

Sinsichtlich der Milchherzeugnisse ist eine Erhöhung der Preise zu vermeiden und eine Höchstspannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen festzusetzen. Auch müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß Milch und Milchherzeugnisse (Rohmilch, Butter, Käse) mehr als bisher dem rationierten Verbrauch zugeführt werden.

Den Forderungen der Landwirtschaft nach Arbeitskräften, Zugtieren, Futtermitteln und Düngemitteln müssen die unterzeichneten Organisationen zu unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft sich nicht weigert, den Arbeitskräften, ohne Unterschied, ob es sich um Beurlaubte, Gejangene, Ausländer und Hilfsdienstpflichtige handelt, einen Lohn zu zahlen, der unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse als angemessen zu erachten ist.

In der Frage, wie die Erzeugung von Lebensmitteln auf das zweckmäßigste zu fördern sei, erkennen auch die Unterzeichneten in Zwangsmaßnahmen keineswegs die geeignetste Lösung. Wohl aber halten sie eine Organisation für möglich und durchführbar, die auf Grund der seitherigen Erfahrungen und im Einvernehmen mit den Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anbauflächen für die einzelnen Bodenprodukte nach Bundesstaaten, Provinzen und Kreisen aufstellt und die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen und Aufstellungen durch das Kriegsernährungsamt und die Wirtschaftsämter überwachen läßt.

Die Eingabe fordert ferner, daß den Selbstbewirtschaftern keinesfalls ein erheblich höheres Quantum an Lebensmitteln zum Selbstverbrauch belassen werden soll, als den übrigen Verbrauchern. Die Schaffung eines preußischen Staatskommissariats ist nach der Eingabe erfolgt, um den Reichsbehörden keine Nachfülle auf die unteren Organe der Staatsverwaltung einzuräumen. Da jeder deutsche Bundesstaat sich gleichfalls durch eine Sonderorganisation von der reichsnehtlichen Regelung der Kriegsernährung abschließen könne, sei leicht zu erkennen, daß ein solcher Zustand mit dem Wohle des Volkes unvereinbar sei. Die Zentralgewalt müsse deshalb unbedingt auf das Reich übertragen werden. Am Schluß der Eingabe wird empfohlen, das Kriegsernährungsamt in angemessene Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt zu bringen und diesem die Befugnis zu verleihen, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die für die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Heeres benötigten Lebensmittel zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

Hoffentlich hört die Regierung auf die dringlichen Mahnungen und Vorschläge der Organisationen. Es wird wirklich hohe Zeit, unser Ernährungsweesen so um- und auszubauen, daß den breiten Volksmassen das „Durchhalten“ nicht gar zu sehr erschwert wird.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1915.

Die statistischen Zusammenstellungen über den Umfang und Ausgang der Lohnbewegungen im Jahre 1915 sind infolge des Krieges erst jetzt fertig geworden. Sie werden in einer statistischen Beilage zu Nr. 9 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht.

Aus dem Text geben wir das Wichtigste hier wieder:

Wenn die Verbandsvorstände sich am 2. August 1914 verpflichtet haben, die Angriffstreiks bei Kriegsbeginn abzubringen und Streiks während des Krieges nach Möglichkeit zu vermeiden, so haben sie damit keineswegs die Sicherung und Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgeben wollen. Es würde dies allen gewerkschaftlichen Grundsätzen widersprechen. Ständig stieg im Verlauf des Krieges die Ausgabe für die Lebenshaltung. Folgerichtig mußten die Gewerkschaften versuchen, eine entsprechende Steigerung des Lohnes herbeizuführen. Die hierfür zur Anwendung kommenden Mittel sind den Verhältnissen angepasst worden. Es wurde versucht, soweit als möglich die erforderliche Lohnherhöhung auf dem Verhandlungswege zu erhalten. Nur wenn alle Bemühungen vergeblich waren, mußte das Mittel der Arbeitsverweigerung angewandt werden.

Infolge dessen ist die Zahl der Streiks verhältnismäßig sehr gering. Insgesamt kamen nur 66 Streiks und Ausperrungen mit 2221 Beteiligten im Jahre 1915 vor. Die amtliche Statistik berichtet über 137 Streiks mit 11 639 und über 4 Ausperrungen mit 1227 Beteiligten. Ein Vergleich der beiden Statistiken ist nicht möglich. Es handelt sich bei der amtlichen Statistik vielfach um Arbeitseinstellungen, die nicht von einer gewerkschaftlichen Organisation herbeigeführt resp. geleitet worden sind. So berichtet die amtliche Statistik, daß nur in 38 Fällen dritte Personen oder Vereinigungen bei der Arbeitseinstellung mitgewirkt und nur in 10 Fällen sie, insbesondere durch Geldmittel, unterstützt haben. Es werden bei diesen amtlich verzeichneten Arbeitseinstellungen auch einige sein, die von den Gewerkschaften nicht beachtet wurden, weil sie nur einige Stunden dauerten. Die Zahl solcher Konflikte ist im Berichtsjahre sicher weit höher gewesen, als die in der amtlichen und in der gewerkschaftlichen Statistik geschilderten Streiks. Nach der gewerkschaftlichen Statistik sind in 8 Organisationen 30 Angriffstreiks mit 1186 Beteiligten, wovon 439 weiblich waren, geführt worden. Die Streiks dauerten von einer halben Stunde bis zu 90 Tagen. Von den Streikenden ist für 900 der Verlust an Arbeitszeit und an Arbeitslohn festgestellt worden. Der erstere betrug für die männlichen Beteiligten 1857, für die weiblichen 1593 Tage, der letztere für die männlichen 10 866 und

wie alle, die sich in der Industrie zu Hause fühlen, die "Eigenschaften des deutschen Volkes", die Kriegsbefähigten "Arbeit in reichem Maße" zu verschaffen. Er meint, es müsse sich "in allen Branchen ein Bewußtsein geltend machen, möglichst vielen Kriegsbefähigten Arbeitsgelegenheit zu bieten". Dann lobt er, daß in der keramischen Industrie die Bereitwilligkeit zur Einstellung Kriegsbefähigter von den Unternehmern wiederholt bezeugt wurde, zugleich meint er jedoch, was bisher getan und vorge schlagen sei, sei einseitig und unvollständig. Hoffentlich die in Aussicht genommene Ausbildung zu Beamten auf den Reglerschulen sei "ein Tropfen Wasser auf glühendes Eisen".

Sehr angenehm berührt es, daß B. sich dagegen wendet, die Kriegsbefähigten als billige Arbeitskräfte einzustellen. Er meint, die Unternehmern müßten die Befähigten, je nach Art der Verletzung geschickt denjenigen Arbeitsplätzen resp. Arbeiten zuteilen, wo die Verletzung wenig oder gar nicht störend auf den Arbeitsgang einwirken kann und der Beschädigte den gleichen Lohn erzielen kann wie ein ganz gesunder Arbeiter. Ausdrücklich heißt es dann weiter bei B.: "Etwasige Differenzen in der Arbeitsleistung müßten auf Konto "Ehrenpflicht" bei der Bezahlung außer acht gelassen werden." Das soll, in verständlicher Weise überlegt, heißen, daß der Unternehmer dem Kriegsbefähigten auch dann den vollen Lohn zahlen soll, wenn er weniger leistet als der gesunde Arbeiter. Nur wo "nur noch eine außergewöhnlich niedrige Arbeitsleistung" erzielt werden kann, soll der Unternehmer den Lohn nach der Leistung bemessen, aber auch dann muß "als Ehrensache bis zur höchst zulässigen Höhrgränge gegangen werden".

Das sind Grundsätze, denen wir bestimmt und von denen wir wünschen, daß alle Unternehmer der keramischen Industrie, besonders aber die Reglerschulen, sie zur Richtschnur nehmen möchten. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft nicht veräumen, zur gegebenen Zeit an solche Auslassungen zu erinnern.

B. macht nun den Vorschlag, die Ausbildung der Kriegsbefähigten für die keramische Industrie nicht den Fachschulen zu überlassen, sondern ein eigenes dazu eingerichtetes keramisches Werk zu errichten. Darin sollen dann die Kriegsbefähigten praktisch ausgebildet werden. Die Ausbildung soll je nach der Art der Verletzung und der sonstigen Eignung des Verletzten erfolgen. Das Unternehmen soll dann auch gleich die Arbeitsvermittlung mit übernehmen, indem es den nachjüngenden Unternehmern die geeigneten Leute einfach überweist. Vom Staat erwartet der Verfasser namhafte Zuschüsse.

Es liegt uns nicht, den Vorschlag kurz zu verwerfen oder breit zu loben. Möglich, daß er sich in irgendeiner Form verwirklichen läßt, möglich aber auch, daß der Durchführung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Auf eine, allerdings nicht unüberwindliche, sei hier hingewiesen. Wie sollen, wenn das Werk die Arbeiter einfach überweisen will, die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden? Wohin sollen die Kriegsbefähigten, die ihr Arbeitsverhältnis lösen oder entlassen werden? Zurüch zur Ausbildungsfabrik? Das sind nur einige Fragen, die sich aufdrängen. Ja, wenn die Reglerschulen nicht in unglücklicher Kurzsichtigkeit das Zusammenarbeiten mit den Organisationen der Arbeiter in solchen Fragen ablehnen würden, ließe sich schon ein Ausweg finden und eine Verständigung erzielen. So aber ist immer zu befürchten, daß unter dem Deckmantel der Kriegsbefähigtenfürsorge Unternehmerinteressen vertreten werden.

Papier-Industrie

Die Elberfelder Papierfabrik, ihr Ende und Glück.

Bis zur Errichtung der Zehlendorfer Filiale, im Jahre 1906, gehörte die Elberfelder Papierfabrik zu den rentabelsten Unternehmungen der deutschen Papierindustrie. Mit Schmunzeln konnten die Aktionäre dieser Firma bis dahin alljährlich bis zu 20 Prozent Dividende einstecken. Seit der Errichtung der Zehlendorfer Fabrik ging es mit der Gesellschaft bergab. Im Jahre 1912 hatte das Unternehmen bereits eine Unterbilanz von 1 789 812 Mk., die durch Sanierung gedeckt wurde. Trotzdem war bis zum Jahre 1915 schon wieder ein neues Defizit von 1 448 536 Mk. erreicht. Die gerichtliche Geschäftsaufsicht mußte eingreifen, um den völligen Zusammenbruch der Firma zu verhindern. Ein vom "Vorstand der Vereinigung zum Schutze der Inhaber der 1/2 Prozent Schuldverschreibungen von 1905" gemachter Sanierungsvorschlag fand bei den Geldgebern teilsweisen Mißfallen. Der fehlende Glaube an eine glückliche Zukunft des Unternehmens, der sich bei verschiedenen Aktionären einstellte, ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß das ehemalige Aktienkapital von 3 000 000 Mk. auf 200 000 Mk. zusammensaniert worden ist.

Zum Glück für das Unternehmen hat sich eine treue Seele gefunden, die helfen eingegriffen hat. In der am 3. März in Elberfeld abgehaltenen Generalversammlung konnte der Aufsichtsratsvorsitzende den Aktionären die erfreuliche Mitteilung machen, daß die "Deutschen Zellstoff-Zellulosewerke" in Barmen, die vor einiger Zeit schon das Zehlendorfer Werk zu einem Pachtpreise von 200 000 Mk. jährlich übernommen hatten, sich die Dreiviertelmehrheit der Aktien unter der Hand verschafft hat und dadurch zum bestimmenden Faktor des Unternehmens geworden ist. Diese unternehmungslustige Gesellschaft hat sich sogar bereit erklärt, auch den übrigen Aktionären, mit denen sie noch nicht verhandeln konnte, ihre Papiertagen zu einem Kurse von 75 Prozent abzunehmen. Selbstverständlich trennen die Deutschen Zellstoff-Zellulosewerke auch das Elberfelder Erbe selbst an. Die Verwaltung der Elberfelder Papierfabrik wird die Hausmeisterin der Deutschen Zellstoff-Zellulosewerke, da sie in Zukunft nur noch den Immobilienbesitz verwalten darf, während die Zellstoff-Zellulosewerke die Fabrikation in die Hand nimmt.

Eine im Anschluß an die Generalversammlung tagende Sitzung der Obligationäre beschloß denn auch, auf eine dreijährige Verzinsung, vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1917, zu verzichten und von da bis 1919 mit einer Ermäßigung des Zinsfußes von 4 1/2 auf 3 Prozent zufrieden zu sein. Gleichzeitig war die Zellstoff-Fabrik Waldhof, die alleinige Besizerin der 5 Prozentigen Obligationen, damit einverstanden, daß ihre Anleihe auf 50 Prozent des Nennwertes herabgesetzt wird, wodurch der Gesamtanleihewert von 1 000 000 auf 500 000 Mk. gesunken ist. Großmützig verzichtete Waldhof auch auf eine mehrjährige Ratenzahlung und Amortisation ihres angelegten Kapitals. Dafür soll die Waldhof später vollwertige Obligationen erhalten. Für die übrigen Gläubiger des Unternehmens fällt durch diese Sanierung eine Vergleichsquote von 30 Prozent ab.

Zunächst scheint also die Zukunft der Elberfelder Papierfabrik, wenn auch unter einer andern Machthaberin, gerettet zu sein. Für die Arbeiterschaft sind die diesmaligen Sanierungsorgänge besonders lehrreich. Die neue Hauptaktionärin ist ein Produkt der Kriegszeit und soll mit dem Hartmannschen Spinnpapierkonzern in enger Verwandtschaft stehen. Zweifellos muß die Spinnpapier- und Papiergarnerzeugung außerordentlich rentabel sein, da durch das Spinnpapieryndikat schon wiederholt Betriebe erworben wurden, die vor dem Kriege standen. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die älteste deutsche Papiergarnerfabrik, die Firma Claviez in Dorf i. Wgt., die sich vor dem Kriege keineswegs in einer glänzenden Lage befand, für dieses Jahr die Verteilung einer 30prozentigen Dividende in Vorschlag bringt.

Durch die fortwährenden neuen Beteiligungen des Spinnpapieryndikats an Unternehmungen der Papier- und Zellstofffabrikation wird dessen Machtbereich immer größer. Mögen die Arbeiter der Papierindustrie durch die Stärkung ihrer Berufsorganisation früh genug dafür sorgen, daß sie in dem Ring der Spinnpapierfabrikanten nicht erdrückt werden.

Die Kosten der Diplome für langjährige Dienstzeit in der Papierindustrie.

In der deutschen Papierindustrie ist es seit Jahrzehnten üblich, die geringen Löhne der Arbeiterschaft durch Dienstaltersprämien und Diplome schmaler zu machen. Während die jährlichen Prämien den Betrag eines Wochenlohnes selten übersteigen, greifen die Unvernünftigen bei den jenseitigen Jubiläum nach vollbrachter 10-, 25- und noch mehrjähriger Arbeitszeit etwas tiefer in die Taschen und überreichen dem Arbeiter in den meisten Fällen ein Sparbüchlein im Werte von 100 Mk. Eine Vollerhebung von nur 1 Pf. die Stunde würde dem Unternehmer nach zehnjähriger Arbeitszeit mindestens den dreifachen Betrag gekostet haben. Besondere Gewichtung wird aber von den Unternehmern auf die Diplome gelegt, die den Arbeitern als Jubiläumsgabe für langjährige Dienstzeit gegeben werden. Diese Plakate sind billig und erreichen in manchen Fällen immer noch ihren Zweck. Nur in den wenigsten Fällen ist der Arbeiterjubiläum der wirkliche Wert dieser "Belohnungen" bekannt. Es ist deshalb ein Verdienst des Vereins deutscher Papierfabrikanten, daß er in Nr. 7 des "B. f. P." die folgenden Preise für die Diplome bekannt gibt:

Die Firmen, die Diplome für langjährige treuen Dienst und Maßnahmen erteilen, haben die Preise erheblich erhöht. Der Ausschlag beträgt etwa 80 v. H. Im einzelnen stellt sich folgende Preisliste für ein Diplom

" "	mit goldenem Rahmen zugeschnitten	4,50
" "	mit goldenem Rahmen und fertig gerahmt	6,25
" "	mit silbernem Rahmen zugeschnitten	4,50
" "	mit silbernem Rahmen fertig gerahmt	8,-
" "	mit grünem Rahmen zugeschnitten	2,75
" "	mit grünem Rahmen fertig gerahmt	4,50

Zu kommen noch die Kosten für die Verpackung, das Porto bzw. die Fracht.

Also selbst nach einem Kriegsausschlag von 80 Prozent erreichen diese Diplome einen Wert von höchstens 8 Mk. Der Preis dürfte manchem Papierarbeiter die Augen doch öffnen, warum die Unternehmer ihre Arbeiter lieber mit solchen Diplomen abspelsen, als ihnen ausreichende Lohnvermehrungen zu gewähren. Die Papierarbeiter werden deshalb nach wie vor mit größtem Nachdruck ihre Forderungen auf eine ausreichende Entlohnung erheben und auf die billigen Delozationsgegenstände des Vereins deutscher Papierfabrikanten gern verzichten.

Chemische Industrie

Steigerung der Gummierzugung.

Das Gummi hat eine immer mehr steigende Bedeutung für unsere Wirtschaftsleben erlangt. Das merken wir insbesondere jetzt in der Kriegszeit, in der uns die Zufuhr dieses wichtigen Stoffes gesperrt ist. Zwar hat es die Industrie in geradezu überraschender Weise verstanden, die vorhandenen Rohstoffe zu strecken und für viele Zwecke Ersatzstoffe zu finden, jedoch tritt der Mangel guter Gummivaritäten täglich schärfer hervor.

Die Absperzung Deutschlands vom Rohstoffmarkt müßte eine Ueberfüllung dieses Marktes zur Folge haben und damit einen Preisrückgang in Aussicht stellen, wenn nicht gleichzeitig der Verbrauch von Gummivaritäten in den gegen Deutschland Krieg führenden Ländern erheblich gestiegen wäre. Tatsächlich dürfte, trotz der Absperzung der Mittelmächte, eben infolge des steigenden Verbrauchs in den übrigen Ländern, der Weltvorrat nicht gestiegen sein. Es scheint sogar, als ob die Nachfrage das Angebot übertrag hätte, denn es ist, neuen Meldungen zufolge, eine erhebliche Steigerung der Gummierzugung eingetreten. Vor allem ist die Erzeugung von sogenanntem Plantagengummi in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Aus der nachstehenden Tabelle ersieht man, daß die Ausfuhr von Plantagengummi, das in Ostindien und auf den umliegenden Inseln produziert wird, im Jahre 1916 dreimal so groß war wie die Gummiproduktion in Brasilien und andern Ländern zusammen, wo Gummi von wild wachsenden Pflanzen oder Bäumen gewonnen wird. Die nachstehenden Zahlen geben die Ausfuhr der letzten 10 Jahre an, wobei allerdings zu erwähnen ist, daß fast die ganze Produktion ausgeführt wird.

Jahr	Ostindien	Brasilien	Andere Länder	Zusammen Tonnenn
1907	1 133	38 000	30 000	69 133
1908	2 010	39 000	24 500	65 510
1909	3 997	42 000	24 000	69 997
1910	7 521	40 800	21 500	69 821
1911	13 973	37 730	23 000	74 703
1912	28 518	42 410	28 000	98 928
1913	47 302	39 370	21 500	108 172
1914	71 959	37 000	12 000	120 957
1915	105 205	36 350	12 000	153 555
1916	150 000	35 000	13 000	198 000

Die Zahlen für 1916 scheinen allerdings abgerundet zu sein. Immerhin ist mit einer Zunahme der Erzeugung zu rechnen. Das ist deshalb auch für Deutschland erfreulich, weil es nach Kriegsende besonders viel Rohgummi einführen muß. Das kann es um so eher und, was nicht minder wichtig ist, um so billiger, je größer der Anbau ist und je mehr Vorräte auf dem Weltmarkt vorhanden sind. Daß es auch im Interesse der Arbeiterschaft der Gummindustrie zu begrüßen ist, wenn recht bald nach dem Friedensschluß Rohstoffe hereingehandelt werden können, versteht sich am Rande.

Eine große chemische Fabrik in Norwegen.

Unter dieser Ueberschrift wird der "Kölnischen Zeitung" aus Norwegen gemeldet: In der nächsten Zeit wird in der Nähe von Christiania eine große Fabrik zur Herstellung von Chemikalien und medizinischen Produkten errichtet werden. Die Erzeugnisse sollen teils in der norwegischen Industrie Verwendung finden, teils nach England und Rußland ausgeführt werden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung entweder durch Zuerweisung eines jährlichen Zuschusses oder durch Gewährleistung von 5 Prozent Dividende das Unternehmen unterstützen wird. Das Kapital wird vorläufig 5 Millionen Kronen betragen. Die Fabrik soll in zwei Abteilungen angelegt werden. In der Nähe von Christiania, in Høvedalen, wird eine Holzdestillationsanlage errichtet, in der u. a. Holzöl, Essigsäure, Methylnitrol, Zerpentin, Kreosot und Azeleon hergestellt werden sollen. Die Hauptfabrik wird an einer anderen Stelle bei Christiania angelegt werden. Hier sollen folgende Erzeugnisse hergestellt werden: Formaldehyd, Ujoforn, Salzsäure, Chloroform, Schwefelkohlenstoff, Tetraäthylblei, Triäthylblei, Tridromphenol, Bromsilber, Phosphorsäure, Phenol, Alkohole, Chloralkali, Soda, flüssige Kohlenäure, Schiefbaumwolle, Kollobium usw. Später sollen Nitrobenzol und Anilin hergestellt werden, um alsdann die Fabrikation von Anilinfarbstoffen aufzunehmen, endlich auch Ferrumoxyd.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Aufhebung des Streikerlasses gegen den Eisenbahnerverband.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnverwaltungen folgende Erklärung abgegeben:

"Der Deutsche Eisenbahnerverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung ihrer Mitglieder in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Erklärung ergibt, die Einstellung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsverhältnissen das Kampfmittel der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel anwenden."

Diese Erklärung enthält den vom preussischen Eisenbahnminister verlangten ausdrücklichen Streikverzicht. Nachdem der Vorstand die Erklärung den Verbandsorganen als Anhang beigelegt hat, hebt der Minister seinen Erlaß vom 24. Oktober 1916, der den Eisenbahnern den Eintritt in den neugebildeten Eisenbahnerverband unterlag, auf. Er hat dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hiervon Mitteilung gemacht mit dem Hinweis, daß die Aufhebung des Erlasses erfolge in dem Vertrauen und in der Voraussetzung, daß das künftige Verhalten des Verbandes mit der abgegebenen Erklärung jederzeit im Einklang stehen und das gute Einvernehmen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem ihr unterstellten Personal durch den Verband nicht gestört werden wird.

Damit ist eine recht unerwartliche Angelegenheit zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Zu einem Abschluß allerdings, der nicht weniger als Freude oder auch nur Zufriedenheit auslösen wird. Die "Reorientierung" war in diesem Falle ganz auf der Seite des Eisenbahnerverbandes. Der Minister hat seine alten Grundzüge durchaus aufrechterhalten. Ja, er hat selbst den Schein eines Entgegenkommens herbeizubringen durch die Vorbehalte, die er der Aufhebung anfügt. Wir wissen nicht, welche besonderen Umstände den Eisenbahnerverband veranlaßt oder genötigt haben, das volle Koalitionsrecht preiszugeben, können jedoch nicht umhin, daran zu erinnern, daß diese Preisgabe einigen Beschläüssen widerspricht, die auf Gewerkschaftslogen gelehrt wurden. Es wird also notwendig sein, diese Beschläüsse einer Nachprüfung zu unterziehen.

Karl Kürbs, der Reformator.

Karl Kürbs, der frühere Angestellte unserer Zahlstelle Halle, hat sein Rundschreiben, dessen Inhalt in Nr. 3 des "Proletariats" wieder gegeben ist, durch eine weitere Verdensichtigung ergänzt. Darin will er "Ziele und Ziele der Gewerkschaftsopposition" darstellen. Es kommt allerdings nicht viel bei dem Versuch heraus. Sein erstes Ziel ist die Überwindung, wieviel Gewerkschaftsmitgliedern im Wege "die einseitige Stellungnahme der Generalkommission und der Zentralvorstände der Gewerkschaften und ihrer Organe im jetzigen politischen Meinungsstreit billigen". Unseres Erachtens ist es zur Zeit unmöglich, darüber sichere Feststellungen zu treffen. Vielleicht weiß aber Kürbs das besser.

Die zweite Aufgabe sieht Kürbs in der Verpflichtung aller Parteigenossen, sich mehr als bisher um die inneren Verhältnisse ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu kümmern, mit dem Ziel, zur Klärung der bewußte (auch bei Kürbs gesperrt) Verbandskollegen mit den wichtigsten Leitern in ihrer Gewerkschaft zu betrauen". Dieses Tun des reformerischen Kollegen Kürbs wäre loblich zu nennen, wenn wir nicht befürchten müßten, daß mit dem harmlosen Wörtchen "Klassenbewußt" eine ganz bestimmte politische Richtung gedeutet werden soll. Diese, im Sinne von Karl Kürbs "Klassenbewußt" sollen den "alten Kampfcharakter" der Gewerkschaften, den Kürbs schon zehn Jahre lang vernichtet, wieder "zur Geltung bringen", und überhaupt "die jegige entlegte Gewerkschaftsbewegung" wieder auf die frühere rechte Bahn leiten. Um dieses Ziel zu erreichen, will Kürbs die Unzufriedenen in den Gewerkschaften sammeln und mit ihnen Rat pflegen, was gegen die allgemeine Verdumpfung zu tun ist.

Wir haben der Wiedergabe seines ersten Rundschreibens schon die Bemerkung angehängt, daß Kollege Kürbs bisher den Beschäftigten nachweislich als Reformator der Gewerkschaftsbewegung noch nicht erbracht hat. Einige andere Blätter haben ihm das selbe und noch einiges andre in weniger umfänglicher Weise gesagt und sich damit mehr oder minder ausführliche Erklärungen zugezogen, in denen Kürbs zwar nicht seine Äußerungen verteidigt. Wir haben nicht Lust, uns ein ähnliches Schreiben aufzuladen, und sehen deshalb gern voraus, daß der Mensch Karl Kürbs allen polizeilichen Ansprüchen durchwegs genügt. Das hindert uns jedoch nicht, zu sagen, daß dem Gewerkschaftsreformator Kürbs alle, aber auch alle die Fähigkeiten und Eigenschaften, welche ihn berechnigen könnten, sich an einer solchen Aufgabe zu versuchen.

Der Gau 8 (Thüringen) im Jahre 1916.

Auch im dritten Kriegsjahre wurde die Tätigkeit der Gauleitung und der Ortsverwaltungen durch die immer mehr in Erscheinung tretende Verschlechterung des Wirtschaftslebens und durch die sonstigen Kriegsverhältnisse hemmend beeinflusst. Der Hauptlebensnerv der Organisation ist die Arbeit, die während des Krieges mehr als sonst von Mund zu Mund betrieben werden muß, da das Versammlungsweien durch die verschiedenen Umstände beschränkt ist. Die in Thüringen für unsre Organisation in Frage kommenden Betriebe sind fast ausschließlich auf dem Lande gelegen, so daß schon zur Friedenszeit nur schwer vorwärts zu kommen war. Dieser Umstand wirkt während des Krieges um so mehr hemmend, da es durch den heutigen Wechsel in den Ortsverwaltungen an zur Agitationsarbeit geeigneten Kollegen mangelt. Mancherorts fehlte auch der Wille zur Tat! Neuarrundungen von Betrieben der chemischen Industrie waren außer der noch im Entstehen begriffenen Ammoniakfabrik "Deunawerke" bei Merseburg hier nicht zu verzeichnen. Die nicht annähernd im Vergleich zu der enormen Verteuerung der Lebenshaltung gezahlten Löhne in der Papier-, Ziegel- und Spielwarenindustrie bewirten, daß ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter zur Kriegsindustrie überging, wodurch wir an Einfluß in den bezeichneten Industriezweigen eingebüßten.

In der Papier- und Kallindustrie wurden Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen. In 15 Papierfabriken waren 1419 männliche und 878 weibliche Arbeiter, daneben 18 Kriegsgefangene beschäftigt. Das Organisationsverhältnis ist als schlecht zu bezeichnen. Daß da noch zum Teil Hungerlöhne gezahlt werden, ist angesichts der Gleichgültigkeit der Arbeiter zu begreifen. Seit Kriegsausbruch sind die Löhne in den einzelnen Betrieben um 5 bis 20 Prozent gestiegen. Einige Unternehmer zahlten Teuerungszulagen von 1 bis 3 Mk. pro Woche. Nur sechs Betriebe zahlten an die Kriegserfrauen eine Unterstützung. Da die während des Krieges um viele Prozent im Preise gestiegenen Papiererzeugnisse mit den "bedeutend" erhöhten Arbeiterlöhnen in der Hauptsache begründet werden, dürften unsre Feststellungen allgemein interessieren. Der übergrößte Teil des Arbeitsertrages wandert eben in die Taschen der Unternehmer, während die Arbeiter an Unterernährung leiden. Mögen die Papierarbeiter die erforderliche Lehre aus dieser Tatsache ziehen und sich endlich der Organisation anschließen.

Die Kallindustrie leidet unter den Kriegsverhältnissen insofern, als der Absatz nach dem Auslande unterbunden ist. Der hierdurch entstandenen schlechten Lage dieser Industrie wurde vom Reichstag dadurch zu begegnen versucht, daß die Preise um 2 1/2 bis 5 Pf. pro Prozent Anstieg erhöht wurden. Die Arbeitervertreter versuchten bei dieser Gelegenheit, auch die Lage der Arbeiter zu verbessern, was wie an anderer Stelle näher bezeichnet ist, auch gelang. Durch eine vorgenommene Erhebung wollten wir feststellen, ob die erhöhten Löhne auch gezahlt werden. In 21 im Gau vorhandenen Kallfabriken waren 1236 männliche und 197 weibliche Arbeiter und 668 Kriegsgefangene beschäftigt. Die vorgezeichneten Lohn- und Teuerungszulagen wurden überall gezahlt. Immerhin konnten wir eine Spannung der Löhne für erwachsene Arbeiter zwischen 3,25 bis 6 Mk. konstatieren. An die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Arbeiter werden 6 bis 12 Mk. für die Frauen und 2 bis 6 Mk. pro Kind und Monat gezahlt. Einige Werke geben außerdem noch Naturalien. Das Organisationsverhältnis ist auch hier noch schlecht. Die Werke sind alle weit abgelegen auf dem Lande verteilt, so daß jetzt die Agitation nicht wie notwendig betrieben werden kann.

Von der Ziegel- und Tonwarenindustrie sind nur wenige Betriebe während des Krieges tätig.

Trotz der mannigfachen Schwierigkeiten kann gesagt werden, daß auch in Thüringen die Organisation entgegen den ersten zwei Kriegsjahren im dritten als geistlich betrachtet werden kann. Der Mittelstand bestand betrug Ende 1915 3616. Ende 1916 waren 3617 Mittelstand vorhanden. 23 Zahlstellen hatten eine Abnahme von 321 Mitgliedern, 8 Zahlstellen dagegen eine Zunahme von 292, so daß eine Abnahme von 29 Mitgliedern am Jahresluß zu verzeichnen ist. Zum Heeresdienst wurden 530 Mitglieder eingezogen, vom Militär entlassen sind 172, also mehr eingezogen 358. Ziehen wir hierin die 29 ab, so ergibt sich ein Uebermaß von 328 Mitgliedern, während wir im Jahre 1914 884 und 1915 466 Mitglieder als direkten Verlust zu buchen hatten. Wäre an verschiedenen Orten mit etwas mehr Eifer die Arbeit betrieben, so hätten wir statt der Abnahme eine Zunahme der Mittelstandzahl erreichen können. Eingetretene sind 681 Mitglieder, davon in Sonneberg 267, in Jena 100, in Zeitz 83, in Erfurt 61, in Eisenberg 42, in Arnstadt 22, in Eilenach 21, in Altenburg 11, in Weizsäcker 10, in Gotha-Weimern 10, in Wünschendorf 9 und in 14 weiteren Zahlstellen zusammen 37. In 10 Zahlstellen sind überhaupt keine Aufnahmen gemacht worden. Die erfreuliche Anzahl Eintritte in Sonneberg wurde durch planmäßige Hausagitation unter den Spielwarenarbeitern erzielt, die noch unter sehr schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden haben. Die Erlöse in einigen Zahlstellen beweisen, daß, wenn mit dem notwendigen Eifer gearbeitet wird, auch trotz des Krieges Fortschritte erzielt werden können.

Die Beitragsleistung war im Berichtsjahre besser als in den zwei Vorjahren. Der Durchschnitt betrug: 1914 46,67, 1915 43,37 und 1916 49,49. Einige Zahlstellen blieben jedoch unter diesem Durchschnitt; hier muß noch gebessert werden. Pünktliches Kassieren bei den Mitgliedern und regelmäßige Kontrolle der Mitgliedsbücher sind nicht genug in Erinnerung gebracht werden.

An Unterstützungen wurde die Summe von 62 192,70 Mk. gezahlt, und zwar: Erwerbslosenunterstützung 36 065,55 Mk., Unzulaged 547,50 Mk., Sierbezug 4664,95 Mk., Postlagenunterstützung 255,70 Mk. und an die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen

90 659 Mt. Diese Zahlen beweisen den hohen Wert des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Mögen alle Ortsvereinigungen die Leistungen des Verbandes den Mitgliedern immer wieder vor Augen führen, damit sie erkennen, welche große Stütze ihnen der Verband im Kampf ums Dasein ist.

Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte nicht in dem Maße erreicht werden, wie es im Interesse der Arbeiter erforderlich gewesen wäre. Immerhin wurden beachtliche Erfolge erzielt. In Ansbach wurden für die bei der Firma Vereinigte Hansschlaug- und Gummi- u. Gummifabrik beschäftigten Arbeiter durch Eingaben im März und September eine Lohnzulage von 3,50 Mt. für männliche und 3 Mt. für weibliche Arbeiter pro Woche erzielt. Auf schriftliches Ersuchen im April erhöhte die Dachpappenfabrik von Boll u. Sohn den Stundenlohn von 42 auf 45 Pf. — Bei den Vereinten Schamottfabriken in Wiesentz (S.-A.) wurde durch Verhandlungen im Juli für erwachsene Arbeiter eine Zulage von 1,20 Mt. und für jugendliche und weibliche Arbeiter eine solche von 60 Pf. pro Woche erreicht. Ende Dezember wurden dann unter Wegfall aller bisherigen Zulagen die im Tarif vorgesehenen Löhne erzielt. 247 Beschäftigte erhalten eine Zulage von 4 bis 5 Mt. pro Woche.

In Sonneberg wurden 60 Fabrikanten und Hausgewerbetreibenden Forderungen auf Zulagen unterbreitet. Mit wenigen Ausnahmen erfolgte ein Ausschlag von 15 bis 20 Prozent. Leider wird auch hierdurch das Seimarbeiterelend noch nicht merklich gebessert, da ja dieser geringen Aufbesserung die unerhöhte Teuerung gegenübersteht. Bei genannten Firmen sind annähernd 450 bis 500 Männer, Frauen und Kinder beschäftigt. Offenlich bewahren die Spielwarenarbeiter dem Verband die Treue, damit auch in Zukunft ihre traurige Lage verbessert werden kann.

Der Firma Gottlieb Heimann u. Co., Montanwachsfabrik in Leisnau-Geis, wurden im Juni Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt. Der Stundenlohn wurde von 40 auf 45 Pf. erhöht. Außerdem zahlt die Firma seit Anfang des Krieges eine Zulagenzulage von 8 bis 12 Mt. pro Woche. Neben diesen auf Veranlassung des Verbandes erreichten Verbesserungen erhöhten eine Anzahl Firmen die Löhne „freiwillig“, in den meisten Fällen jedoch durchaus ungenügend. In vielen Betrieben wurde die Zahlung einer sogenannten Zulagenzulage einer eigentlichen Erhöhung der Löhne vorgezogen. Hier gilt es für die Arbeiter, die Absicht der Unternehmer, nach dem Kriege die Löhne wieder auf oder gar noch unter den früheren Stand herabzudrücken, energigsten Widerstand entgegenzusetzen. Dazu gehört allerdings eine feste Organisation in jedem Betriebe. Können wir deshalb, damit die Absichten der Unternehmer an dem Willen der Arbeiter scheitern!

Die Außerachtlassung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter geschaffen wurden, hatte auch in Thüringen zur Folge, daß die Zahl der Unfälle bedeutend zugenommen hat. Offenlich greifen auch hier bald wieder normale Zustände Platz, damit die Opfer der Arbeit nicht ins Ungemessene steigen. Auch an dieser Stelle werden die Ortsvereinigungen ersucht, der Gewerkschaft alle vorzunehmenden Unfälle mitzuteilen, damit auch in dieser Beziehung für Besserung gesorgt werden kann.

Im übrigen erstreckte sich die Tätigkeit der Gewerkschaft auf die Verwaltungsarbeiten. Die Abrechnungen müssen an verschiedenen Orten durch die Gewerkschaft verteilungswisend aufgestellt werden, da es an erfahrenen Kollegen mangelt. Auch Zahlstellen, die hierzu selbst in der Lage sind, lassen es manchmal an der notwendigen Pünktlichkeit fehlen, wodurch eine mühselige Ergänzung der Geschäftsführung stattfindet. Die Auszahlung der Weihnachtsgeldunterstützung an die Kriegserkrankten mußte ebenfalls in einigen Zahlstellen durch den Gewerkschaftler erfolgen. Die Korrespondenz belief sich auf 550 Eingänge und 1065 Ausgänge. Am Schlusse des Jahres machten sich verschiedene Konferenzen zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes notwendig.

Der Gewerkschaftler Schneider ist seit Beginn des Krieges eingezogen, so daß die Geschäfte in Vertretung erledigt werden. Möge er nicht allen andern Kollegen recht bald zurückkehren, damit die Arbeit aller für alle wieder voll aufgenommen werden kann.

Karl Gutjahr.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Trotz des Mangels an tätigen Kollegen ist für 1916 ein Fortschritt unserer Zahlstelle zu verzeichnen. 171 Mitglieder, darunter 91 Kolleginnen, wurden in diesem Jahre der Organisation angeführt. Zugeworben sind 2 und vom Militär zurückgemeldet haben sich 60 Kollegen. Die dem Zuwachs fast gegenüber ein Verlust durch 102 Austritte, 74 Neuzugewinnungen und 3 Abtritte, so daß der heutige Mitgliederstand 398 gegen 344 im Vorjahre beträgt. Es ist dies ein Gewinn von 54 Mitgliedern. Ausgetreten sind fast ausschließlich neugewonnene Mitglieder, und zwar in der Hauptsache Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Beim Heere befinden sich 422 Kollegen, das sind rund 49 Prozent unseres Mitgliederstandes bei Kriegsausbruch. Von diesen sind uns bis heute leider schon 34 als gefallen gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit war sehr gering; es wurden einschließl. 14,70 Mt. Arbeitsunterstützung nur 91,35 Mt. als Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Die Krankenunterstützung ist ebenfalls sehr zurückgegangen. Wir veranschlagen dafür 197,20 Mt. Die vom Vorstand bewilligte Rotkruzunterstützung an drei Mitglieder belief sich auf 50 Mt. Die von den Frauen allseitig anerkannten Weihnachtsgaben an die Kriegserkrankten unserer Kollegen im Heide besaßen 1866 Mt. — Weniger günstig sehen unsere Lokalverhältnisse. Zur Deckung der laufenden Ausgaben brauchen wir einen Zuschuß von 500 Mt. aus der Hauptkasse. Unser Lokalverhältnis beträgt nur 122,58 Mt. Die Zahl der abgegebenen Beitragsmarken ist von 19 664 im Jahre 1915 auf 18 221 im Jahre 1916 zurückgegangen. Der Durchschnittsmarktenumsatz pro Mitglied ist folgender:

1. Quartal 344 Mitglieder = 12,3 Beiträge pro Mitglied.
2. Quartal 344 Mitglieder = 12,3 Beiträge pro Mitglied.
3. Quartal 349 Mitglieder = 11,8 Beiträge pro Mitglied.
4. Quartal 374 Mitglieder = 13,9 Beiträge pro Mitglied.

Im Jahresdurchschnitt 353 Mt. = 51,6 Beiträge pro Mitglied u. a. m. Gegenüber dem Durchschnittsmarktenumsatz von 422 im Jahre 1915 und 353 im Jahre 1916 ist der Marktenumsatz von 46,6 auf 51,6 Beiträge gestiegen. Die allgemeine Tätigkeit in organisatorischer und agitatorischer Beziehung erstreckt sich auf 115 Veranstaltungen. Davon sind 30 Betriebsveranstaltungen, 12 Mitglieder- und 7 Kriegserkrankten-Veranstaltungen; ferner zahlreiche Sitzungen aller Art. Der Beginn unserer Veranstaltungen liegt im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Wenn wir auch wissen, daß die lange Arbeitszeit und die hohen Anforderungen, die an den einzelnen gegenüber im Arbeitsverhältnis gestellt werden, manches erklären, so müssen wir doch sagen, daß auch sehr viel Streikfähigkeit vorhanden ist.

Einmal über die innere Angelegenheit unserer Zahlstelle. Ueber Lohn- und Teuerungsgeld — können wir uns in bescheidenem Maße berichten. Die Gründe hierfür sind aber nicht bei der Organisation, sondern bei der Sammelkraft des großen Teils der Mitglieder zu suchen. Wo die Möglichkeit gegeben war, für unsere Mitglieder in dieser Beziehung etwas zu tun, da ist das auch geschehen. In der Brauerei Hildebrand in Pfungstadt, wo seit Beginn des Krieges viele unserer Kollegen in Arbeit setzen, haben wir durch eine Gewerkschaftsaktion beantragt und auch erreicht, daß die Lohnzulagen im Vorjahre von 2 Mt. pro Arbeiter und Woche nunmehr noch eine solche von 2 Mt. für Arbeiterinnen und 1 Mt. für Lehrlinge gewährt wurde. Unsere Mitglieder der 5 Pfaugschäbder Zündholzfabrik in Friedberg an der Fulda haben eine entsprechende Unternehmung zu beantragen, die Durchschnittsmarktenumsätze, die 36,2 Pf. für Männer und 17,7 Pf. für Frauen betragen, etwas zu erhöhen. Eine gut besuchte Jahreshauptversammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, beantragte die Verbandsleitung, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Nur einige Unternehmungen konnten auf unser Ersuchen, und diese dahin, daß sie über diese Fragen mit ihrer Arbeiterschaft selbst verhandeln wollen oder bereits verhandelt haben. Auch das persönliche Vorprechen des Komitees und Geschäftsführers zeigte keine andere Wirkung. Der Herr-Gewerkschaftler haben also diese Forderungen Jahreshauptversammlungen immer noch nicht abgelehnt. Das alles war die Folge der Organisation geleitete Bewegung nicht ganz ohne Erfolg. „Freiwillig“ haben die Herren

ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine Zulage von 2 Pf. die Stunde. Dadurch erhöhte sich der bereits angeführte Durchschnittslohn auf 38,2 Pf. für die Männer bzw. 19,6 Pf. für die Frauen. Für die dabei in Frage kommenden 41 Arbeiter und 89 Arbeiterinnen bedeutet das einen Mehrerwerb von 115,96 Mt. für die Woche oder 8266,48 Mt. für das Jahr. In Anbetracht der heutigen Lebensmittelpreise fällt eine so geringe Zulage allerdings garnicht ins Gewicht. Die Interesslosigkeit der Arbeiterschaft dieses Industriezweiges und noch in erhöhtem Maße die grundlose Gegnerschaft gegen die Organisation seitens der Eltern der jungen Arbeiterkräfte, ist die Hauptursache der rückständigen Lohnverhältnisse bei den Pfungstädter Zündholzfabrikanten. Nur durch Beitritt zur Organisation können die traurigen Verhältnisse gebessert werden. Vor allem jetzt, wo die Gelegenheit ausnehmend günstig ist.

Die im Jahre 1912 mit den drei Darmstädter Sortieranstalten (Wolff-Strauß, Lipp, May und J. Schönberg) abgeschlossenen Tarifverträge haben entsprechend den Sogungen auch heute noch ihre Gültigkeit. In Anbetracht der Teuerung erhöhte die Firma Wolff-Strauß den Tageslohn der Männer auf 6 Mt. Eine im vorigen Jahre den Arbeiterinnen zugestandene Teuerungszulage wurde nicht weiter erhöht. Bei der Firma Lipp May wurde es erst eines Schreibens der Verbandsleitung, um denselben Lohn für die Kollegen zu erlangen wie bei der Firma Strauß. Der Tageslohn der Arbeiter beträgt nunmehr auch hier 6 Mt. Von den Arbeiterinnen erhalten die Mädchen 3 Mt., die Tagelöhnerinnen 4,50 Mt. und die Altfordarbeiterinnen 5 Mt. pro Woche Teuerungszulage. Die Kollegen der Firma Schönberg erhielten zu ihrer feierlichen Zulage von 2 Mt. pro Woche noch eine weitere Mark.

Die Firma Produktionsindustrie für Nahrungsmittel in Griesheim b. Darmstadt eröffnete erst zu Beginn d. J. ihren Betrieb. Es wird Gemüse getrocknet für die Heeresverwaltung. Neben wenigen Arbeitern an den unentbehrlichen Plätzen werden gegen 60 Arbeiterinnen beschäftigt. Diese erhielten 2,20 bis 2,40 Mt. Lohn pro Tag. Mehrere Versammlungen veranlaßten die Arbeiterinnen zum Anschluß an die Organisation. Ein Versuch der Verbandsleitung, auf die Löhne einzuwirken, blieb nicht ohne Erfolg. Es wurde eine tarifliche Vereinbarung über die Lohnsätze mit der Firma erzielt. Die Tageslöhne wurden auf 2,60 bis 3 Mt. erhöht. Für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent gewährt. Die größten Missetaten in Betrieben wurden mit Hilfe der Gewerbeinspektion beseitigt. Auch diesen Kolleginnen können wir nur empfehlen, fest und treu zu ihrer Organisation zu halten, damit nicht die Firma ihre frühere Liebhaberei, die Arbeiterinnen nach Gutdünken zu entlohnen, wieder einführen kann.

Für die Chemische Industrie müssen wir leider berichten, daß hier die Organisation auf die Gestaltung der Löhne keinen Einfluß ausüben vermochte. Wie die Dinge dort liegen, ohne gewerkschaftliche Organisation, oder dort, wo die Arbeiterschaft zu den Selben gepreßt wird, das beweist ein an die Verbandsleitung gerichtetes Schreiben eines Gelben von der Firma Merck in Darmstadt, in welchem derselbe das Verlangen an die Organisationsleitung stellt, wieder etwas über die schlechten Löhne in der Zeitung zu schreiben und die heutigen Löhne anderer Betriebe denen von Merck gegenüberzustellen. So wie der Briefschreiber seien auch die übrigen Arbeiter dem Fabrikarbeiterverband nicht abgeneigt, jedoch die Verhältnisse im Betriebe (damit ist der Zwang, zu den Gelben zu gehen, gemeint) und auch der geringe Verdienst nehme ihnen die Möglichkeit, dem Verbands beizutreten. Ein Vertrauensvotum für die gelbe Verbandsleitung ist dieses Schreiben allerdings nicht. Der Briefschreiber und die übrigen Merck'schen Arbeiter sollten aber wissen, daß man von der gelben Verbandsleitung, die ihre Haupttätigkeit im Zwiespelt, Kartoffel- und Heringshandel erblickt, nicht verlangen kann, daß sie sich um die Arbeitslöhne kümmert, und daß die Tätigkeit der gebildeten Verbandsleitung ja mit dem Wunsch und Willen der Firma übereinstimmen muß.

Dasselbe Verhältnis besteht auch bei der Firma Röhm u. Haas in Darmstadt. Auch dort wird die Arbeiterschaft durch Angehörige der Firma innerhalb des Betriebes zu den Selben gepreßt. Wie dieses mit dem Versprechen der Firma der Gewerkschaft gegenüber übereinstimmt, daß sie es ihren Arbeitern freigestellt, sich zu organisieren, wo sie wollen, ist uns nicht recht begreiflich. Bei jährlicher Durchführung dieser Koalitionsstreiks müßte die Firma Röhm u. Haas mindestens darauf bestehen, daß auch die Organisations- und Agitationsfähigkeit der Gelben außerhalb des Betriebes zu erfolgen hat. Hinsichtlich der Umgestaltung ihrer Produktionsweise in Wajshärdeln aller Art (wir erinnern nur an das schon in sehr vielen Konsumvereinen eingeführte Wajshmittel „Barnus“), als deren Abnehmer die Arbeiterschaft schon jetzt und noch mehr nach dem Kriege in Frage kommt, wäre es angezeigt, daß die Firma Röhm u. Haas das Koalitionsrecht ihrer Arbeiterschaft in jeder Hinsicht achtet.

Kempten-Hege. Die Lage der Arbeiter in den Papierfabriken Schachmayer und Hege war schon vor dem Krieg keine rosige, und jetzt nach 2 1/2 Jahren Weltkrieg wird es immer noch schlimmer. Die Löhne, die mit Recht als Hungerlöhne bezeichnet werden können, sind während des Krieges nur um einige Pfennige gestiegen, und so kommt es, daß heute die meisten Arbeiter unter 4 Mt. täglich verdienen. Daß mit solcher Entlohnung das Lebensunterhalten an der Tagesordnung ist, ist begreiflich. Bedauerlich ist es, wenn die Arbeiter in zehn Stunden nicht so viel verdienen, daß sie mit ihrer Familie ordentlich leben können. Der Besitzer der Schachmayer'schen Papierfabrik ist ja ein überaus frommer und patriotischer Mann und kann es doch mit ansehen, daß ein Christenbruder hungern muß. Das Ansehen der Arbeiterschaft wird in diesen Papierfabriken auch vorzüglich verstanden. Die noch vorhandenen gesunden Arbeitkräfte werden so angepannt, daß es auf die Dauer nicht geht. Kinder und Frauen müssen um geringen Lohn Männerarbeiten verrichten. Sonntags wird an manchen Maschinen durchgearbeitet, wo es gar nicht nötig wäre. Die hygienischen und sanitären Einrichtungen lassen alles zu wünschen übrig. Daß die Arbeiter nicht einig werden und geschlossenen ihre Rechte wahrnehmen, dafür wird nach allen Regeln der Kunst gearbeitet. Einer wird immer gegen den andern ausgespielt. Am besten konnte man es wieder bei der Verteilung der Lebensmittel für Schwerstarbeiter beobachten. Der Herr Oberwerkführer in Hege versteht sich darauf ganz besonders. Und wenn ein Arbeiter, der zur Zeit reklamiert ist, sich etwas zu sagen erlaubt, so wird ihm mit dem Schützengraben gedroht. Die Betriebsleiter in dieser Fabrik müssen vor diesem Herrn einen heiligen Respekt haben. Natürlich ist es besser, zu Hause die Arbeiter zu beschäftigen, als brauchen im Schützengraben das teure Vaterland zu verteidigen. In beiden Fällen ist noch ein Teil der Arbeiter, die es bis heute nicht verstanden haben, sich ihrer Verbandsorganisation anzuschließen. Diese tun wir heute zu: Trete ein in die Reihen der organisierten Arbeiter, dann können in euren Betrieben auch menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Einigkeit macht Kraft!

Leipzig-Stadt. Ein Klemensdiener und seine Folgen. In der Nacht vom 28. auf den 29. Januar wurde in der chemischen Fabrik von Rudolf Köppel u. Co. in Leipzig a. N. ein Klemens geschossen, der einen Wert von etwa 700 Mt. haben soll. Daß ein Klemens geschossen wird, ist ja in der heutigen Zeit der Redezeitung über vollkommen. Wir würden über den Fall auch nicht berichten, wenn die Direktion dieses Betriebes nicht auf den verflucht gezeichneten Gedanken gekommen wäre, daß der Klemens — von der Arbeiterschaft bezogen zu lassen. Durch einen Anschlag am schwarzen Brett wurde den Arbeitern kund und zu wissen getan, daß ein Klemens geschossen sei, und die monatliche Teuerungszulage deshalb solange zurückgehalten würde, bis der Dieb des Klemens gefunden sei. Ueber diesen Anschlag waren die Arbeiter natürlich nicht sehr erndt. Unter diesen der Dieb der Unmöglichkeit bestanden hätte, niemanden als Zeugen zu dem Akt zu tun. In einer kurz darauf stattgefundenen Versammlung wurde die Verbandsleitung beauftragt, wegen Anzeigens der 10 Mt. vorstellig zu werden. In der ersten Verhandlung wurde aber kein Resultat erzielt, da die Direktion sich auf den Standpunkt stellte: Wir haben diese Zulage freiwillig gegeben und empfinden auch darüber, ob und wann sie entzogen wird. Darüber brauchen wir aber die Arbeiter wieder ganz anders. Sie betrachten diese Teuerungszulage als einen Teil ihres Lohnes, zumal derselbe nur 33 Pf. pro Stunde beträgt. Um nun zu erfahren, wer im Recht ist, wurde der Anschlag beim Kriegsrat um eine Einigung angehängt. Doch dazu ließ es die Direktion, nachdem der Vorsitzende des Ausschusses mit ihr Rücksprache genommen hatte, nicht kommen, sondern erklärte sich am schwarzen Brett in der Hoffnung, daß der Dieb bald gefunden würde, bereit, die zehn Mark zur Auszahlung zu bringen. So habe also die ganze Diebstahlsgeheule weiter keine Folgen gehabt? O doch! Eine, und zwar eine sehr empfindliche, ist geblieben, nämlich die, daß uns die Gewerkschaft bisher zu etwa 100 neue Mitglieder gebracht hat. Damit sind wir zufrieden. Ob die Direktion auch?

Bilanz der Abrechnung vom 3. Quartal 1916.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.	
Gesamt-Einnahme.	
An Kassenbestand vom vorigen Quartal	8 610 476,77 Mark
An Eintrittsgeld	1 992,—
An Beiträgen à 5 Pf.	86 067,40
An Beiträgen à 45 Pf.	248 411,70
An Beiträgen à 25 Pf.	58 155,75
An Beiträgen à 10 Pf. (S 13 Abs. 6)	931,90
An Beiträgen à 10 und 5 Pf.	2 599,05
An Beiträgen von Einzelmitgliedern	118,—
An Erwerbslosen-Unterstützung zurückgezahlt	29,—
An Außenständen zurückgezahlt	65,—
An Zinsen	21 888,15
Für Einzelnummern des „Proletariers“	112,51
Für Hilfskassierarbeiten	10 13
An Kartothekarten	5,50
Für Protokolle	4,60
Für Bücher	3 20
Für Kalender	1,80
Für Schreibmaterialien	67,40
Für Zinse	5,—
Von den Zahlstellen zurückgezahlt	5 904,74
Von den Zahlstellen zuviel eingelangt	170,55
Sonstige Einnahmen	€ 5,77
Summa	4 036 708,92 Mark

Gesamt-Ausgabe.	
An Erwerbslosen-Unterstützung:	
a) an Kranke	122 740,16 Mark
b) an Arbeitslose	11 760,20
c) an Reisende	666,10
An Kollaae-Unterstützung	4 418,10
An Streit-Unterstützung	27,05
An Gemäßigten-Unterstützung	136,65
An Sterbegeld	24 643,30
An Umgangsgeld	2 671,80
An Mitgliedschaft	159,46
An Verrechnungsbeiträgen	1 331,73
An Anteil der Lokallasse	68 933,44
An Gehältern	12 041,33
An Entschädigung für den Ausschuß	170,90
An Entschädigung für Revisor und Revisoren	86,—
An Telefongebühren	5,28
An Mantelgeld	25,—
Für Agitation	17 179,92
Für Konferenzen	406,45
Für Verlag des „Proletariers“, Nr. 27—40	3 447,42
Für Druck des „Proletariers“, Nr. 27—40	8 577,15
Für Druckarbeiten	2 708,10
Für Druckkosten	828,13
Für Buchbinderarbeiten	4,10
Für Schreibmaterialien	10,50
Für Feinungen und Redaktion	162,65
Für Ergänzung der Verbandsbibliothek	467,49
Für Bureau-Richte, Licht und Reinigung	1 505,15
Zuschuß an die Zahlstellen:	
Zuviel einbehaltenes Geld zurückgezahlt	7 673,03
Nicht einbehaltenes Geld	49,60
Porto und Beleggeld	525,61
Sonstige Ausgaben	157,48
Summa	303 614,27 Mark

Bilanz.	
Gesamt-Einnahme	4 036 708,92 Mark
Gesamt-Ausgabe	3 314,27 „
Kassenbestand am 30. Sept. 1916	3 733 094,65 Mark
Ganover, den 17. Februar 1917.	
Aug. Bray, 1. Vorsitzender.	Karl Bruns, Kassierer.
Herrn Hasler, J. Semmel, Revisoren.	

Verbandsnachrichten.

Vom 6. März 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Gerabronn 12,34. Freiburg i. Breisgau 143,49. Preis 800,—. Geesthacht 400,—.
An Versicherungsbeiträgen gingen ein:
Zwidau 12 65. Zeig 1,30. Duffau 45,90. Singen 7,05. Wittenberg a. d. E. 4,25. Waldheim i. S. 4 80.
Schluß: Montag, den 12. März, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen
erhielt die Zahlstelle
Barby. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretten in
621 858	Karl Bedelind	2. 7. 1858	2. 3. 1905	Harburg
501 187	Martha Günther	4. 9. 1894	15. 10. 1911	Leipzig
441 523	Margareta Graf	23. 12. 1880	28. 9. 1911	Nürnberg
575 560	Andreas Kießling	12. 8. 1862	4. 3. 1913	Nürnberg
547 004	Johann Eysie	24. 6. 1879	28. 6. 1908	Wittenberg
Karten-Nr.				
305 032	Karoline Schwert	22. 7. 1868	6. 3. 1916	Gildesheim
418 296	Eduard Vode	16. 5. 1865	25. 4. 1916	Leipzig

Neue Adressen und Adressenänderungen.
Gau Erfurt. Vertreter: Karl Gutjahr, Sonneberg, Echolmasstraße 6, 2. Et.
Bromberg. Kolente eingezogen. Friedrich Talle, Klein-Dautber, Chausseestraße 8.
Bückstadt i. Sessan. Georg Morweiser, Ragnusstraße 57.
Erfurt. Otto Koch, Eriusstraße 46. Frau Gutjahr, Salinmühle 46.
Frankfurt a. M. Andreas Weidner, Rainfurtstraße 22.
Geldesbühler: Michael Fischer, Altherkeimstraße 51, 3. Et.
Goch a. Rhein. Johann Adams, Hofstraße 52.
Mainz. Valentin Heiß, Weinau, Mühlengasse 18. Geschäftsjährer: Johann Felich, Böhrstraße 29, 1. Et.
Merxan i. Sa. Gau 7. Karl Schindler, Kirchgasse 1.
Mag Schmutzer, Döhrstraße 29.
Mährisch Weitz Dresden. Rutschke eingezogen. Max Göbler, Nr. 109.
Potsdam. Frau Amboß, Nowowes, Friedrichstraße 7.
Sonneberg. Wehd eingezogen. Karl Gutjahr, Echolmasstraße 6, 2. Et.